

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.  
Verantwortlicher-Redakteur: Nr. 24 241.  
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr

vom 16. bis 31. Dezember 1928. Bei täglich zweimaliger Zustellung drei Bände 1,50 Mk. Postzusatzpreis im Monat Dezember 1 Bogen ohne Postzusatzpreis.  
Stanznummer 14 11211/2.

Anzeigen-Preise:

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 40 mm breite Zeile 30 Plg., bei zweifacher 20 Plg., die 40 mm breite Reklameweile 150 Plg., überhalb 200 Plg. Übermehrer 10 Plg. Wenn Aufnahme eines Tagesabschlusses.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Lorenzstr. 38 4

Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des „Dresdner Nachrichten“ zulässig. Anzeigen in Schriftleitung werden nicht übernommen.

**Café Hulfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

**Pea**  
BELIEBT UND BEGEHRT  
SCHOKOLADE · PRALINEN · KAKAO

**Konditorei Limberg**  
Ferienruf: 21076 Prager Straße 10 Ferienruf: 21076  
**Christstollenversand**  
Sultania -Id 2.20 M Mandel Pfd 2.40 M · Vorzügliche preisw. Qualitäten

## Empörende Ausfälle Scheidemanns.

### Geschlossene Front des Reichstages gegen Scheidemanns Verleumdung der Reichswehr. Gefährliche Lage der Reichsregierung. — Die jählichen Allsozialisten gegen eine Regierung mit den Deutschnationalen.

#### Ablehnung des kaudinischen Joches der Sozialdemokratie.

Man muß der Erklärung, welche die Reichsregierung auf die Forderung der Sozialdemokratie, durch den Mund des Reichskanzlers Dr. Marx gegeben hat, die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie knapp, klar und würdig ist. Verhandlungen mit der Sozialdemokratie: Ja, weil sie die härteste Partei ist; freiwilliger Rücktritt der Regierung: Nein, weil sie die Verantwortung für ein bloß geschäftsführendes Interregnum unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht übernehmen kann. Also mag die Sozialdemokratie tun, was sie nicht lassen kann: Auf ihr Gewiss die Folgen! Der Stein ist also im Rollen. Das schaukelnde Verfahren der letzten Regierung der Mitte, das in dem Falle von Fall zu Fall nach einer Rechts- oder Linkswendung absteuert, hat sich nicht länger länger erweisen. Auch der Reichsstaatsminister Dr. Müller hat das längst unumwunden zugegeben und erklärt, es komme bei der Neubildung der Regierung darauf an, „wo für die politische Problematik der nächsten Zukunft die größten Aussichten des Erfolges beständen“. Das solche Aussichten keinesfalls durch ein weiteres Abgleiten nach links zu erreichen sind, dafür konnte die Sozialdemokratie selbst keinen überzeugenderen Beweis liefern als durch ihr letztes Vorgehen, indem sie sich nicht mit der Bereitwilligkeit der Regierung zu Verhandlungen über die Große Koalition begnügte, sondern für sie das laudinische Joch des freiwilligen Rücktritts auf sozialdemokratischen Parteiboden aufrichten wollte. Das geschah aus engstirnigem Hass gegen den Reichswehrminister Dr. Gessler, gegen den die gesamte radikale Linke schon seit längerer Zeit ein planmäßiges Ketteltreiben in Szene gesetzt hat, weil er den Versuch, die Reichswehr zu einem verkappten parteipolitischen Reichsbanner zu degradieren, unzugelassen Widerstand entgegensetzt, wie Pflicht und Gewissen es ihm gebieten. Was die Sozialdemokratie letzten Endes will, ist nunmehr ganz klar und klar durch ihr Verhalten herausgemerkelt worden: Sie will sich mit der Rolle als linker Koalitionsteilhaber nicht ferner begnügen, sondern selbst offen herrschen und mitregieren. Eine Große Koalition kommt daher für sie nur in Frage, als sie auf bürgerlicher Seite lauter ihr genehme und willfährige Persönlichkeiten enthalten würde. „Es kann doch wirklich niemand von der Sozialdemokratie verlangen, daß sie Herrn Gessler und Herrn Schulz in ihre Arme schließt“, erklärt der „Vorwärts“ mit Empörung und verläßt diese Abweisung Dr. Gessler gegenüber noch durch den Zusatz, daß das sozialdemokratische Mißtrauen gegen den Reichswehrminister zu unauströbar sei, um noch durch irgendwelche Erklärungen beseitigt oder auch nur beschwichtigt werden zu können. Unter diesen Umständen erscheint es als ein ganz geschickter Schachzug der Deutschen Volkspartei, daß sie sich trotzallem zu grundsätzlichen Verhandlungen über die Große Koalition bereit zeigt; denn da es ausgeschlossen ist, daß die Volkspartei in der Personalkfrage irgendwelche als sachlichem Gebiete — man denke nur an das Arbeitszeitgesetz — mit der Sozialdemokratie übereinkommen könnte, so wird durch solche Verhandlungen die Unmöglichkeit mit der Partei der unentwegten Gessler- und Reichswehrfeinde zu einer vernünftigen politischen Verständigung zu gelangen, nur um so schärfer unterstrichen werden.

Das eigentliche Ziel der Sozialdemokratie liegt denn auch nach anderer Richtung. Es wäre ihr augenscheinlich am willkommensten, wenn sie die ihr recht un bequem gewordene Deutsche Volkspartei ganz aus der Regierung verdrängen und eine neue Auflage der Weimarer Koalition ins Werk setzen könnte. Zweck erschien diese Kombination nur wie ein Phantom am politischen Horizont, aber in der letzten Zeit hat es lettere Gestalt angenommen. So ist es nicht allein die Sozialdemokratie ein, daß die Weimarer Koalition auch die Sozialistischen, demokratischen und Zentrumstruppen ebenfalls keinen tragfähigen Boden unter den Füßen haben würde, daß sie allein nicht über den Berg käme, wenn ihr nicht von irgendeiner Seite nachgeholfen würde. So hat man denn die Mitarbeit der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei in Aussicht genommen. Es ist jedenfalls ein Zeichen der Zeit, daß der „Bayrische Kurier“ nur drei Möglichkeiten einer Lösung der Krise aufzählt: Große Koalition, Regierung der Mitte oder Auflösung. Hier wird zwar die Weimarer Koalition nicht mit-

erwähnt, aber ebensowenig auch der natürliche Ausweg einer Wendung nach rechts. Das geschieht mit Rücksicht auf die im Zentrum herrschende Stimmung, wo der linke Flügel wieder gänzlich überwasser erlangt zu haben scheint. Sogar Stegerwald ist umgefallen und hat die Weimarer Koalition als letzte Möglichkeit ins Auge gefaßt. Bei ihm ist die treibende Kraft offenbar die Angst vor einem Abfall weiterer christlicher Gewerkschaftskräfte, die in der Frage der Arbeit-Zentrum, mit der Sozialdemokratie gravitieren. Und die „Germania“ jammert: „Wir sollen wieder einmal in den Bürgerkrieg oder, wenn man will, in eine Rechtsregierung hineinmühselig werden, ohne daß man uns viel danach fragt.“ Als ob die Zumutung an das christlich-konservative Zentrum, mit der Rechten zu regieren, die unnatürliche Sache von der Welt, etwas geradezu Verwerfliches wäre! Wie hoch ist doch der Gipfel politischer Verfahrtheit und Verwirrung, den wir erklimmen haben, wenn so etwas möglich ist! Die Schen vor der Auflösung des Reichstages ist beim Zentrum übrigens ebenso groß, wie die Abneigung gegen eine Rechtsregierung. Es befürchtet nämlich von Reumachen eine erhebliche Stärkung der Sozialdemokratie und eine solche Degeneration der Demokraten, daß sie nicht einmal in Preußen zurückzuführen. Dann aber würde das sozialdemokratische Übergewicht in einer mit ihnen gebildeten Regierung so erdrückend sein, daß das Zentrum völlig an die Wand gedrückt und zu einer untergeordneten Rolle verurteilt würde. Deshalb steht das Zentrum es vor, bei den letzten parteipolitischen Stärkeverhältnissen in den lauren Ansel der Weimarer Koalition zu bleiben, als sich ungewissen Paktmöglichkeiten auszuweisen. Jetzt kann es bei einer Einkündigung immerhin noch den Anspruch auf die Führung des

Kanzleramtes durch Dr. Marx aufrechterhalten, der im Zentrum die einzige, mit wirklicher Autorität umkleidete Persönlichkeit ist, während Dr. Brüch, dessen Ehrgeiz sichtlich zur Nachfolgerchaft von Dr. Marx hinneigt, auf autoritative Eigenschaften sich allerdings keinen Anspruch machen kann. Wie unglücklich die Sozialdemokratie in ihrem augenblicklichen radikalen Siebezuhande beraten ist, zeigte die trübliche Leistung, die Herr Scheidemann als erster Redner von sich gab. Er brachte es durch keine unerhörten Angriffe auf die Reichswehr und ihre verantwortliche Leitung fertig, daß allgemeine bürgerliche Empörung brandend ausbrannte und Deutschnationale und Volksparteier gemeinsam den Saal verließen. Die Erwiderung des Reichskanzlers auf die unqualifizierbaren Ausfälle des Abgeordneten Scheidemann ließ leider die erforderliche schärfere Energie in der Zurückweisung vermissen, die eine solche agitatorische Ausschreitung ihrer Ordnung durch den unerhörten Satz: „Die Reichswehr verdient hätte, nach diesem Zwischenfall, der gepfeiffen programmatisch für die weitere in der inneren Politik innerzustehende Linie bezeichnend ist, muß der Gedanke der Großen Koalition vollends als zerquetscht gelten. Es gibt nach den Grundlagen einer vernünftigen sozialerbaltenden und sozialaufbauenden Politik nur noch einen Block aller derjenigen Parteien, die eine nichtsozialistische demokratische Republik auf autoritativer Grundlage erstreben, um in solchem Sinne und Geiste eine dauerverprechende Koalition zu schaffen. Zur Erreichung dieses Zieles aber ist eine Rechtswendungs unerlässlich, und es wird nur darauf ankommen, ob und wann das Zentrum sich zu der richtigen Einsicht bekennt.

#### Ein schwarzer Tag des deutschen Parlaments.

Berlin, 16. Dez. Nach der Regierungserklärung des Kanzlers in der heutigen Reichstagsitzung kommen in der Aussprache die Parteirepeter zum Wort.

**Abg. Scheidemann (Soz.)**  
wies auf die schwere Entscheidung hin, vor der man jetzt stehe. Die Sozialdemokratische Partei steht, so sagte er, dem Schicksal des deutschen Volkes nicht gleichgültig gegenüber. Wir haben, sagt Redner, stets „aus Liebe zum Volk gehandelt“. Wir verstehen es durchaus, daß es den Offizieren der alten Armee schwer fällt, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden. Eine Reichswehr, die fast das Gegenteil eines friedlichen Instrumentes darstellt (lebhafter Widerspruch rechts), muß geändert werden. Ich danke dem Herrn General Dene für seine Erklärung, aber der von ihm als erwünschtes Ziel bezeichnete Zustand der Reichswehr ist eben noch nicht vorhanden. Die Reichswehr bildet heute noch einen Staat im Staate. Kein Volk ist über seine Wehrmacht so schlecht unterrichtet, wie das deutsche. Für das Ausland bilden die Dinge, die ich hier vorbringen will, nicht ein neues mehr. (Laut rechts: Durch Euch!) Der Etat des Reichswehrministeriums muß sehr genau geprüft werden. Das Reichswehrministerium habe eine sogenannte Sondergruppe (S. G.). Diese habe bei dem Abschluß von Verträgen zwischen den Junker-Blutzeugen und Moskau mitgewirkt. Seit 1923 seien für die S. G. jährlich etwa 70 Millionen RM gezahlt worden. Der Redner teilt Einzelheiten über Einzahlungen der S. G. auf das Konto russischer Waffenfabriken mit.

Das deute auf eine unmittelbare Verbindung des Reichswehrministeriums hin, mit Russland eine Rüstungsindustrie im Ausland zu schaffen. An den Verträgen mit Russland habe sich General Dene beteiligt, der mit falschem Namen unterzeichnet habe. Ebenso seien die Offiziere mit gefälschten Pässen nach und von Russland gereist. (Große Erregung rechts, namentlich bei den Sozialisten. Man vernimmt Rufe wie: Landesverräter, Lump, und Sie wollen in die Regierung?)

Die Unruhe dauert minutenlang an. Der Präsident schwingt die Glocke. Es gelang ihm nur mühsam, die Ruhe wiederherzustellen. Als der Redner weitersprechen will, erheben sich auf der Rechten Rufe: Raus! Raus! Abg. Hennig rief: Landesverräter! Abg. Schmidt, Hannover, rief: Das ist eine Regierungspartei! — Die Außenpolitik Stresemanns, fährt Scheidemann fort, werde durchkreuzt. Das deutsche Volk wolle aber davon nichts wissen. Verträge, die Deutschland eingegangen sei, wolle es ehrlich halten. (Große Unruhe.)

Die Deutschnationalen, ein großer Teil der Deutschen Volkspartei sowie die meisten Sozialisten verlassen den Saal unter Beifallsclausen der Linken.  
Der Redner teilt dann kurz sein Material über Verbindungen der Reichswehr mit deutschen Großindustriellen und Geldanlagen bei diesen für Ausbildung von

nicht etatmäßigen Truppen mit. Er bezieht sich dabei insbesondere auf einen Vortrag, den Oberst Koch in Breslau gehalten hat. Im einzelnen wolle er auf diese Dinge nicht weiter eingehen, um seine Minute für den dritten Punkt zu verlieren. General v. Tschischewitz habe in einem Vortrag in Rostock gesagt, unser Volk müsse wieder wehrhaft gemacht werden. Dazu gehören besonders Ausbildungskurse durch Angehörige der Reichswehr. Sogenannte Sportlehrer, ehemalige Offiziere, sollten als Kreisoffiziere auf Privatdienstvertrag eingestellt werden. In Pommern seien für 30 Orte 36 Kreisoffiziere eingestellt worden.

Die Marine sei, fährt Scheidemann weiter aus, auf die Bedingung eingegangen, der Organisation Consul Waffen zur Verfügung zu stellen. Seit Frühjahr 1926 werde man Reichswehr-Unteroffiziere amts Ausbildung in die Vaterländischen Verbände. Das sei ein Beweis, wie sehr sich Reichswehr und Marine unter das Joch dieser Verbände gebeugt hätten. Die Kleinatibersichten schienen vielfach auf der Reichswehr gehörendem Gelände, dessen Verunreinigung, B. dem Reichsbanner verweigert worden sei. Er wolle sich nicht für die Republik nicht übergeben. Sie sei jetzt noch nicht bedroht, aber in bewegten Zeiten könne eine bewaffnete Macht die der Republik feindlich gegenüberstehe, zu einer ungeheuren Gefahr werden. Daher forderten die Sozialdemokraten eine Reform der Reichswehr an Haupt und Gliedern. Auch die Bedeutung der geheimen Aktionen wolle er nicht überbetonen, aber im Ausland bildeten sie ein hartes Argument gegen die christlichen Absichten der deutschen Republik. In Russland wüßte man häufig ein gutes Verhältnis.

Die deutsche Reichswehr dürfe aber der Sowjetmacht nicht als Waffe für die Weltrevolution dienen. (!)

Die Sozialdemokraten wollten Moskaus Freunde, aber nicht Moskaus Narren sein. Dr. Gessler habe sieben Jahre lang an der Spitze der Reichswehr gestanden. Das Ergebnis seien die heutigen Zustände. Deshalb verweigerte die Sozialdemokratie besonders Dr. Gessler ihr Vertrauen. Sie werde im übrigen ein Mißtrauensvotum gegen die gesamte Reichsregierung einbringen.

#### Reichs'angler Fr. Marx

auf darauf folgende Erklärung ab: Entsprechend ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Reichswehr fällt es der Reichsregierung nicht schwer, zu den Wünschen Stellung zu nehmen, die in bezug auf die Reform der Reichswehr in der Öffentlichkeit laut geworden sind. Mit der überwältigenden Mehrheit des Reichstages ist die Reichsregierung der Ansicht, daß die Schlagfertigkeit der Wehrmacht der Republik und ihr Zusammenhalt erhalten werden müssen. Eine Politisierung der Reichswehr lehnen wir ab. Vielmehr wird die ganze Schulung und Erziehung der Reichswehr nach wie vor auf die Erzieher zur bestehenden republikanischen Staatsform und zur Pflichterfüllung gegenüber den ver-